

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Günther Heyenn MdB zu den Bonner Maßnahmen gegen die Langzeitarbeitslosigkeit: Kohl entdeckt endlich Handlungsbedarf.

Seite 1

Dr. Edith Niehuis MdB zum Erfordernis, den aktuellen entwicklungspolitischen Diskussionen gerecht zu werden: Filz im Wissenschaftlichen Beirat des BMZ?

Seite 2

Dieter Spöri MdL zu Anspruch und Wirklichkeit der Politik von Lothar Späth: Das „Cleverle“ als „Retterle“? (Teil II und Schluß)

Seite 3

Liló Blunck MdB zur Rückziehung der Novelle zum Bundesnaturschutz: Töpfer soll endlich seinen Hut nehmen.

Seite 5

Klaus Wettig MdEP. zum 65. Geburtstag von Willi Lojewski: Wegbereiter der internationalen Gewerkschafts-Organisation.

Seite 6

44. Jahrgang / 82

28. April 1989

### Kohl entdeckt endlich Handlungsbedarf

Zu den Bonner Maßnahmen gegen die Langzeitarbeitslosigkeit

Von Günther Heyenn MdB

Obmann im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Wir haben es immer wieder gesagt und in unserer Regierungszeit bewiesen, durch gezielte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik kann die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden. Durch staatliche Maßnahmen haben wir in der zweiten Hälfte der 70er Jahre fast eine Million Arbeitsplätze geschaffen und gesichert.

CDU/CDU und FDP haben in den letzten Jahren Beschäftigungsmaßnahmen immer als „sozialistisches Teufelswerk“ zu diffamieren versucht. Bundesarbeitsminister Blüm hat noch in der Bundestagsdebatte am 17. März 1989 - also vor nicht einmal sechs Wochen - behauptet, bei der Arbeitsförderung sei die objektive Grenze erreicht - das war noch eine recht frische Neudefinition, denn durch die 9. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes war gerade erst der Umfang an Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsmaßnahmen massiv zurückgenommen worden.

Jetzt hat der Bundeskanzler ein 1,5 Milliarden DM-Programm an Lohnkostenzuschüssen angekündigt, um damit Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Weitere 250 Millionen DM sollen zur gezielten Betreuung und Unterstützung von Langzeitarbeitslosen eingesetzt werden.

Keine Frage, was Kanzler Kohl angekündigt hat, zielt in die richtige Richtung, ist das Ergebnis des Drängens der Kirchen, der Gewerkschaften und der SPD. Unser Antrag, gezielte Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose zu erschließen, liegt mittlerweile fast eineinhalb Jahre in den Archiven des Hohen Hauses.

Mit dem Programm der Bundesregierung wird der Kahlschlag der 9. Novelle AFG wenigstens zum Teil (und an anderer Ecke) korrigiert. Es muß wesentliche Ergänzungen geben. Notwendig ist es, die Aufgabe der Modernisierung der sozialen Infrastruktur und des ökologischen Umbaus mit der Eingliederung Langzeitarbeitsloser zu verbinden.

Tatsache ist, der Kanzler in seiner Not, der Abstrafung durch die Wählerinnen und Wähler zu entgehen - daß ihm das gelingt, traut ihm keiner mehr zu - zwingt den Bundesarbeitsminister zur ungewollten Kurskorrektur. Der beamtete Staatssekretär des BMA hat noch am 22. März 1989 schriftlich versichert (Bundesdrucksache 11/4292 Seite 15): „Die Mitteilung der Zeitschrift Der Spiegel Nr. 11/88 über ein von der Bundesregierung geplantes Programm zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen trifft nicht zu.“

Wie schnell sich doch die Zeiten ändern. Mal sehen, was morgen gilt!

(-/28.4.1989/vo-he/rs)

Vervielfachen-Gruppe  
mit unvollständigen  
Recycling-Papier



Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Filz im Wissenschaftlichen Beirat des BMZ?

Zum Erfordernis, den aktuellen entwicklungspolitischen Diskussionen gerecht zu werden

Von Dr. Edith Niehuis MdB

Mitglied im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages

Als 1963 der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit ins Leben gerufen wurde, setzte man sehr viel Vertrauen in dieses Gremium zur Beratung des Bundesministers. Der Versuch, die volle Unabhängigkeit des Beirats unter anderem dadurch sicherzustellen, daß Mitglieder des Beirats auf Vorschlag des Beirats durch den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit berufen werden, kann als gescheitert gewertet werden. Diese Selbstrekrutierungspraxis zeigt deutliche Züge eines wissenschaftlichen Filzes, der sich, ungeachtet der entwicklungspolitischen Diskussion, aus sich selbst heraus erneuert. Nicht nur die gegenwärtige Zusammensetzung des Beirats, sondern auch die jüngst stattgefundenen Diskussion im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden und einem Mitglied des Beirats machen dieses deutlich:

- Von den gegenwärtig 26 Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirates kommen 13, also die Hälfte aus wirtschaftswissenschaftlichen Fachrichtungen. Nur ein Ethnologe, aber kein Ökologe fand bisher Zugang zu diesem Gremium. Das heißt, jahrelange entwicklungspolitische Diskussionen ließen die Zusammensetzung des Beirats unberührt. Die spontane, vom neuen Beiratsvorsitzenden vorgetragene Rechtfertigung, Ökonomen seien besonders vielseitig ausgebildet, kann nur aus einer verlegenen Argumentationsnot heraus entstanden sein.
- Seine Fehlbesetzung dokumentiert niemand besser als der Wissenschaftliche Beirat selbst. Er ist laut eigener Satzung aufgerufen, auf Grund wissenschaftlicher Untersuchungen und Forschungen Gutachten und Stellungnahmen abzugeben. Im Falle der Umweltverträglichkeitsprüfungen, zu denen der Beirat bis heute keine Stellungnahme abgegeben hat, obwohl das Ministerium und der Ausschuß hier schon seit Jahren tätig geworden sind, plant der Beirat ein Symposium, damit andere Wissenschaftler/innen ihm den Weg zeigen. Anstatt selbst angehört zu werden, plant der Beirat also Anhörungen. Besser kann man die geistige Verstopfung aufgrund wissenschaftlichen Filzes nicht belegen.

Zu den 26 Mitgliedern des Beirats gehört nur eine Frau, eine emeritierte Professorin. Weder Weltfrauenkonferenzen noch die 1976 begonnene Frauendekade der UN für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden haben den Beirat bisher bewegen können, Wissenschaftlerinnen angemessen in seine Runde aufzunehmen.

Nur als peinlich kann man den Rechtfertigungsversuch des Beiratsvorsitzenden werten, es gäbe keine qualifizierten Frauen. Bleibt nur zu ergänzen: Mann-Sein allein ist auch keine Qualifikation.

Fazit:

Alle Forderungen, die Ökologie und die Schlüsselrolle der Frau im Entwicklungsprozeß verstärkt zu berücksichtigen, tangieren bis heute die Zusammensetzung des Beirates nicht. Damit wird der Wissenschaftliche Beirat auch dem § 2 seiner eigenen Satzung, die verschiedenen wissenschaftlichen Fachrichtungen bei der Auswahl der Mitglieder angemessen zu berücksichtigen, nicht gerecht. Die Selbstrekrutierungspraxis ist gescheitert.

Deshalb fordere ich den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit auf, den jetzigen wissenschaftlichen Beirat aufzulösen, die Berufungspraxis zu demokratisieren und die Mitwirkung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit einzuführen, indem dieser Kriterien für die Zusammensetzung des Wissenschaftlichen Beirates erarbeitet, die den aktuellen entwicklungspolitischen Diskussionen gerecht werden.

(-/28.4.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

Das „Cleverle“ als „Retterle“? (Teil II und Schluß)

Zu Anspruch und Wirklichkeit der Politik von Lothar Späth

Von Dieter Spöri MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Hochschulpolitik

Die Engpässe an den Hochschulen wurden von der Landesregierung bis zur Jahreswende ignoriert. Aufgrund der verspäteten Reaktion kam es zu einer massiven Verschlechterung der Studienbedingungen in den baden-württembergischen Hochschulen. Entgegen der Ankündigung von Ministerpräsident Späth wurden Vorschläge der SPD zur Wiedereinführung studentischer Mitbestimmung ohne Alternativen abgelehnt. Ein schlecht vorbereitetes und deshalb jetzt gescheitertes Privathochschulprojekt hat die Hochschulpolitik des Landes jahrelang blockiert.

Weiterbildung

Baden-Württemberg bleibt bundesweit bei der Förderung beruflicher Weiterbildung unter den Schlußlichtern. Das Eingeständnis des Ministerpräsidenten in der Europadebatte des Landtags, hier gäbe es im Land entsprechende Defizite, blieb bis heute folgenlos, obwohl die SPD ein Programm zum Ausbau der Weiterbildung vorgeschlagen hatte. Damit findet die vielbeschworene Qualifizierungsoffensive als Vorbereitung des Landes auf den EG-Binnenmarkt im wichtigsten Bereich nur in Sonntagsreden statt.

Altenpolitik

Arbeitskreise, Gesprächsrunden, Ankündigungen ersetzen nicht die notwendige, grundlegende Verbesserung der Altenpolitik in Baden-Württemberg. Dies gilt auch für fulminante Kongresse der Landesregierung, wie zum Thema „Altern als Chance und Herausforderung“. Den Mitgliedern im zuständigen Untersuchungsausschuß des Landtags liegen hier schon heute Hinweise auf schwerwiegende Defizite vor, wonach in Pflegeeinrichtungen nur noch eine sogenannte „Satt und Sauber-Pflege“ stattfindet. Prävention und Rehabilitation sind Mangelbereiche. Die Landesregierung hat in dieser zentralen Zukunftsaufgabe bisher keinen ernsthaften Maßnahmenkatalog beschlossen.

An den Erkenntnissen aus dem Untersuchungsausschuß hat sich übrigens gezeigt, wie dringlich die parlamentarische Institution der Enquete-Kommission wäre, die von der CDU blockiert wird.

Schneckenang in der Frauenpolitik

Die Regierung Späth hat auf das von der SPD vorgeschlagene Stufenprogramm für die Einrichtung von Ganztagschulen und Kindertagesstätten zunächst mit der reaktionären Polemik reagiert, hier sollten um der Selbstverwirklichung willen Kinder vernachlässigt werden. Inzwischen haben die Sozialministerin und der Kultusminister einen nur halbherigen, aber völlig unzureichenden Kurswechsel vollzogen, weil lediglich in sogenannten „sozialen Brennpunkten“ Ganztagschulen eingerichtet werden sollen. Damit ist die Landesregierung nicht bereit, flächendeckend für Frauen und Alleinerziehende die wichtigste Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu schaffen.

Den Schneckenang in der Frauenpolitik unterstreicht auch das Scheitern der Stiftung Frauenforschung aus der gleichen Fehleinschätzung des Ministerpräsidenten heraus wie bei der Privatuniversität Mannheim: Die Mobilisierung von Privatkapital wurde salopp überschätzt. Die Erweiterung

des kleinen Referats „Familienforschung“ beim Statistischen Landesamt um den Auftrag „Frauenforschung“ hat nur Alibifunktion.

Beim § 218 nimmt die Regierung Späth neben Bayern die reaktionärste Position auf Bundesebene ein.

Baden-Württemberg bleibt frauenpolitisch Entwicklungsland.

#### Verwaltung und Verschwendung

Durch ein von Ministerpräsident Späth über das Staatsministerium schlecht vorbereitete Konzept zur informationstechnischen Vernetzung der Landesverwaltung wurden Millionenbeträge an Steuergeldern verschwendet. Es handelt sich dabei keinesfalls um die behaupteten unumgänglichen Anlaufschwierigkeiten bei der notwendigen Computerisierung der Verwaltung, sondern um ein chaotisches Management des Landessystemkonzepts durch das Staatsministerium. Dies wird in Kürze das von der SPD-Fraktion beantragte Sondergutachten des Landesrechnungshofs untermauern.

#### Rundfunkpolitik als Burleske

Ohne Not hat Ministerpräsident Späth die Selbständigkeit der zwei leistungsfähigen und beliebten öffentlichen Rundfunkanstalten im Südwesten in Frage gestellt. Es handelt sich hier um ein typisches Beispiel dafür, daß die politische Führung und die Öffentlichkeit durch künstlich geschaffene Probleme beschäftigt werden, während entscheidende landespolitische Handlungsfelder vernachlässigt bleiben.

Vorbereitung und politischer Entscheidungsablauf in der Fusionsdebatte sind typisch für den inzwischen völlig konfusen Planungsstil politischer Projekte: Zuerst wollte man die Fusion noch 1988 durchziehen, ein Jahr später sollte durch Gurachter geprüft werden, ob Fusion überhaupt oder Kooperation sinnvoll wäre und dann wird die Entscheidung auf den „St. Nimmerleinstag“ verschoben. Allen Senderstandorten wird bei dieser rundfunkpolitischen Burleske eine Stärkung versprochen, insgesamt werden jedoch Einsparungen angekündigt. Mit seriöser politischer Planung hat das nichts zu tun.

#### Fazit

Während eine Regierung normalerweise in der Anfangsphase einer neuen Legislaturperiode die wichtigsten Entscheidungen und Weichenstellungen durchsetzen muß, hat die landespolitische Gestaltungs- und Leistungskraft der Regierung Späth gerade in dieser Phase gegenüber früher stark nachgelassen. Es handelt sich um die schlechteste Jahresbilanz seit 1978. (-/28.4.1989/vo-ha/rs)

\* \* \*

Töpfer soll endlich seinen Hut nehmen

---

Zur Rückziehung der Novelle zum Bundesnaturschutzgesetz

Von Lilo Blunck MdB

Stellvertretende Obfrau der SPD-Fraktion im Umweltausschuß des Deutschen Bundestages

Nach dem Hin und Her um die Quellensteuer und die Verlängerung des Wehrdienstes haben die Regierungsparteien nun auch bei der Naturschutznovelle einen Rückzieher gemacht. Dieses Begräbnis dritter Klasse zeigt überdeutlich, daß es den Koalitionären um nichts anderes mehr als den puren Machterhalt geht. Und dafür werden dann auch rasch und bereitwillig alle vorher lauthals verkündeten Grundsätze über Bord geworfen, in der trügerischen Hoffnung, der Wähler könnte dieses ziellose Taumeln noch als berechenbare Politik begreifen und honorieren.

Vor allem Umweltminister Töpfer wird sich fragen lassen müssen, aus welchen „Zeitgründen“ denn nun eine Verschiebung der längst überfälligen und überdies von allen Parteien des Bundestages geforderten Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes in die nächste Legislaturperiode gerechtfertigt sein soll. Schließlich war er es, der die Landschaftsabgabe, die den Koalitionären mit Blick auf die Bauernlobby jetzt solche Bauchschmerzen bereitet, in die öffentliche Diskussion eingebracht hat, um damit die Zustimmung der Agrarier zur Änderung der sogenannten Landwirtschaftsklausel einzuhandeln. Diese Klausel im Bundesnaturschutzgesetz geht anachronistischerweise immer noch davon aus, daß die „ordnungsgemäße“ landwirtschaftliche Bodennutzung nicht als Eingriff in Natur und Landschaft anzusehen ist. Dabei ist, wie jeder inzwischen weiß, das traurige Gegenteil der Fall. Die industriemäßig betriebene Landwirtschaft ist einer der Hauptverursacher für den Raubbau an der Natur.

Töpfer hat wieder einmal den Mund zu voll genommen und sich, fast möchte man argwöhnen, selbst blockiert. Er sitzt mittlerweile zwischen allen Stühlen. Nach dieser erneuten blamablen Niederlage sollte er endlich seinen Hut nehmen und Platz für jemanden machen, bei dem der Naturschutz und die Bewahrung der Umwelt in besseren Händen ist. Aber vielleicht erledigt sich dieses Problem durch die politische Entwicklung im Laufe des Jahres ja ganz von selbst. (-/28.4.1989/vb-he/rs)

Wegbereiter der internationalen Gewerkschafts-Organisation

---

Willi Lojewski zum 65. Geburtstag

Von Klaus Wettig MdEP

Der Blick auf den Europäischen Binnenmarkt beschleunigt nicht nur das engere Zusammenrücken der europäischen Wirtschaft. Er hilft auch der europäischen Linken auf die Sprünge.

Für die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, deren Vorsitzender Willi Lojewski von 1975 bis 1987 war, ist dies alles gar nicht so neu. Sei es, weil die besonders schlechte Lage der Landarbeiter schon früh die Stärkung der eigenen Position durch internationalen Zusammenschluß nahelegte - sei es, weil die Agrarpolitik seit 1957 im wesentlichen in und von der EG bestimmt wird, die Landarbeitergewerkschaften in der Europäischen Gemeinschaft betreiben schon seit Jahren in weiten Bereichen eine gemeinsame Politik. Und Willi Lojewski, der am 2. Mai 65 wird, ist und war der entscheidende Wegbereiter und Förderer dieses Zusammenwachsens.

Als langjähriger Präsident der Europäischen Föderation der Landarbeitergewerkschaften und Vizepräsident der Internationalen Föderation der Landarbeitergewerkschaften sowie als Mitglied des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Europäischen Gemeinschaften hat er es immer wieder - zielstrebig und diplomatisch - verstanden, eine von allen Mitgliedsgewerkschaften getragene Politik zu erarbeiten und diese in den EG-Gremien dann auch in die erfolversprechenden Kanäle einzuschleusen. So beschliessen die Agrargewerkschaften auf EG-Ebene seit Jahren eine gemeinsame Stellungnahme zu den Agrarpreisvorschlägen der EG-Kommission, sie haben gemeinsame Beschlüsse zur Ausbildung in der Landwirtschaft gefaßt, es gibt sogar bereits Vorläufer (Arbeitszeitabsprachen) für einen EG-weit gültigen Tarifvertrag.

Und so, wie die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament immer wieder betont, daß für uns Europa nicht auf die EG beschränkt bleiben darf, so pflegten Willi Lojewski und „seine“ GGLF seit langem gute Kontakte zu den Landarbeitergewerkschaften der EFTA-Staaten wie auch zu denen der Ostblockstaaten. Wir fordern, daß „ein dichtes vertragliches Netz mit den Staaten Osteuropas“ zur Sicherung des Friedens geknüpft werden muß. Gute gewerkschaftliche Beziehungen sind ein Teil dieses Netzes.

Willi Lojewski hat für die in der Landwirtschaft beschäftigten Menschen in der Bundesrepublik Beispielhaftes geleistet. Durch seine erfolgreichen Bemühungen um internationale gewerkschaftliche Zusammenarbeit hat er darüber hinaus den Weg gewiesen, wie gewerkschaftliche und politische Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg funktionieren kann. Dafür danken wir ihm. ◀

(-/28.4.1989/vo-he/rs)

\* \* \*